

**Rede von Sabine Adler, Osteuropakorrespondentin des  
Deutschlandfunks, und Trägerin des Karl-Hermann-Flach-Preises 2015  
anlässlich der Preisverleihung am 20. November 2015 in der Deutschen  
Nationalbibliothek in Frankfurt am Main**

Es gibt Sätze, die man als Korrespondentin gar nicht gern sagt:  
„Wir müssen abwarten.“ „Dazu gibt es noch keine Informationen, das  
muss die Entwicklung zeigen. „Ich weiß es nicht.“  
Aber wie oft habe ich diese Sätze in den vergangenen Monaten sagen  
müssen. Denn sie waren häufig leider die einzig mögliche Antwort.

Die Zeiten werden immer unübersichtlicher, immer unsicherer. Es gibt  
keine Gewissheiten.

Die Angst vor Terror ist ein ständiger Begleiter. Die Kriege schlagen,  
selbst wenn sie nicht in unmittelbarer Nachbarschaft stattfinden, bis  
zu uns zurück. Viele Deutsche ziehen freiwillig nach Syrien.

Hierzulande, in ganz Europa streitet die Bevölkerung, ob man die  
vielen ankommenden Flüchtlinge aufnehmen oder abweisen soll.

Die Anschläge in Frankreich, kurz davor die Selbstmordattentate in  
Beirut und das über dem Sinai in die Luft gesprengte Flugzeug mit  
über 200 russischen Urlaubern – alle drei Schauplätze verbindet  
eines: der Krieg in Syrien. Denn Frankreich, die Hisbollah und Russland  
sind Kriegsparteien in Syrien.

Deutschland ist enorm polarisiert, vielleicht sogar noch mehr als zu  
Zeiten Karl Hermann Flachs, als sich das Land wegen der Ostpolitik von  
Willy Brandt zerstritten hat.

Hunderttausende Flüchtlinge werden Deutschland verändern. Die  
Gesellschaft wird mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre  
demokratischen Grundwerte und Freiheit zu bewahren, auch die  
Freiheit und Würde der vielen, die hier neu ankommen.

Das wird ein Balanceakt werden: Einerseits offen für die Neuankömmlinge zu sein und ihnen Chancen zu bieten, andererseits sich als Gesellschaft dadurch nicht so zu verändern, dass lange erkämpfte Rechte, wie die für Frauen oder Minderheiten aufgegeben werden.

Und immer über allem die Terrorgefahr, die wächst.

Seitdem Russland Ende September in den Syrienkrieg eingetreten ist, wird eine Lösung dieses Konflikts noch schwieriger: Moskau stärkt das Assad-Regime. Es ließ bislang nicht den sogenannten Islamischen Staat bombardieren, sondern die Rebellengruppen, die gegen Assad kämpfen, der Fassbomben auf sein eigenes Volk werfen lässt.

Wird Russland nach diesem Schulterschluss mit Assad überhaupt noch mit dem Westen an einer Lösungssuche interessiert sein?

Die Kondolenzschreiben nach Paris lassen hoffen. Putin drückte immerhin Mitgefühl aus. Russland ist zur Zusammenarbeit mit den USA bereit, schlägt jetzt im Weltsicherheitsrat vor, gemeinsam mit Baschar al Assad gegen den IS vorzugehen.

Warum nicht zu Beginn der russischen Einsätze? Warum kam Russland Frankreich mit dieser Initiative zuvor?

Und ist Assad bereit? Immerhin hat er erklärt, Frankreich sei selbst schuld.

Welchen Weg geht Russland?

Welches Interesse leitet Putin, in diesem Konflikt mitzumischen?

Will er wieder ein „global player“ sein, im Nahen und Mittleren Osten ein Akteur werden, an dem man international nicht vorbei kommt?

Russlands Einfluss-Sphäre erweitern?

Seine bisher einzige Militärbasis in Tartú auszubauen, wie die Stationierung des russischen Luftgeschwaders in Latakia zeigt? Das wäre eine militärstrategische Begründung.

Mit Moskaus Engagement in Syrien könnte in Wahrheit aber Europa gemeint sein. Krisen zu verstärken, die neue Fluchtwellen auslösen, um Europa mit den Flüchtlingen zu erschüttern.

Oder ist die angebotene Zusammenarbeit gegen den Terror ernst gemeint?

Und die Ukrainer fragen sich bei alledem, ob sich Putin jetzt von der Ukraine ab- und anderen Zielen zuwendet?

Ob der Appetit von Präsident Putin damit gestillt ist oder er – ganz im Gegenteil – Hunger auf mehr hat.

Seit mehr als 15 Jahren führt der Geheimdienstmann Russland. Sein Apparat hat eine Meisterschaft darin entwickelt, die Schwachstellen oder Bruchlinien seiner Gegner aufzuspüren und Salz in diese Wunden zu streuen.

Das ist nie so deutlich geworden wie im Januar und Februar 2014. Bis dahin gab es wochenlange Proteste von hunderttausenden auf den Straßen von Kiew. Die Menschen hatten das korrupte System Janukowitsch gründlich satt. Sie waren es leid, ständig Bakschisch zu zahlen. An Polizisten, Beamte, Lehrer, Ärzte. Ohne Schmiergeld rührte keiner einen Finger. Die Oligarchen hatten die Wirtschaft und die Politik unter sich aufgeteilt. Damit sollte endlich Schluss sein. Hauptsächlich deswegen sind die allermeisten auf die Straßen gegangen.

Es wurde Barrikaden und eine Zeltstadt auf dem Maidan errichtet. Gesponsert von den Bürgern. Es war ihnen ernst.

Dann fielen Schüsse. Wer geschossen hat, ist bis heute unklar. In drei Tagen starben auf dem Maidan mehr als 100 Menschen.

Die Demonstranten stellten Präsident Janukowitsch das Ultimatum zurückzutreten und der floh.

Die Ukraine wählte einen neuen Parlamentspräsidenten und einen Übergangspräsidenten, eine neue Regierung war im Entstehen.

Mitten in diesem innenpolitischen Chaos besetzten russische Soldaten die Krim.

Völlig unter dem Eindruck der Schüsse auf dem Maidan traute sich die ukrainische Armee nicht zu kämpfen. Es herrschte maximale Verwirrung, denn die sogenannten grünen Männchen trugen keine Hoheitsabzeichen und Putin leugnete, dass Russland mit ihnen etwas zu tun hat.

Korrespondenten, die in aller gebotenen Vorsicht auf Moskaus Beteiligung hinwiesen, wurden im Internet übel beschimpft. Drei Wochen später, bei der offiziellen Einverleibungsfeier im Kreml lobte Putin die russische Armee für die Operation. Die Annexion der Krim war vollzogen.

Zum ersten Mal in der Ukraine führte Moskau einen sogenannten hybriden asymmetrischen Krieg. Unter russischer Anleitung wurden Stadtverwaltungen besetzt und schließlich die Krim. Im Donbass wurde daraus Krieg. Die Krim und die Ostukraine waren als Ziele auserkoren worden, nicht weil sie am nächsten zu Russland liegen, sondern weil dort die Unzufriedenheit mit der Regierung in Kiew am größten war.

Zur hybriden Kriegsführung gehört die Irreführung des Feindes. Dazu diente die Lüge von den Faschisten auf dem Maidan. Weswegen angeblich Juden massenhaft aus der Ukraine geflohen seien. Tatsächlich hat kein einziger Jude die Flucht ergriffen, berichteten alle jüdischen Organisationen übereinstimmend.

In Deutschland erlosch schlagartig jede Sympathie mit den Demonstranten.

In der Ukraine hat man die ausbleibende Solidarität nicht verstanden. Immerhin hatte man sich doch für den Weg in Richtung EU entschieden.

Als Faschisten und Nationalisten wurden schon zu Sowjetzeiten immer diejenigen beschimpft, die gegen die Moskauer Zentralregierung und die Kommunistische Partei Widerspruch zu erheben wagten und für

mehr nationale Eigenständigkeit eintraten. Deswegen war es für die Demonstranten keine Überraschung, dass sie für Putin als Faschisten galten. Der Vorwurf ließ sie kalt.

Erstaunt waren sie nur, dass man im Westen auf diese Verunglimpfung reinfiel.

Historiker wie Andrej Portnow hatten eine andere Erklärung. Jetzt rächte es sich, dass sich die Ukraine seit dem Zerfall der Sowjetunion kaum mit ihrer eigenen Geschichte befasst hat. Genaugenommen ist es nicht eine Geschichte, sondern mindestens drei. Die jüdische Geschichte, dann die des Ostens der Ukraine und schließlich die der Westukraine.

In der Westukraine gab es nach dem ersten Weltkrieg das Bestreben, einen ukrainischen Nationalstaat aufzubauen, was nur möglich schien, wenn Gebiete ethnisch gesäubert wurden. Zum Beispiel von polnischen Bewohnern.

In Polen gab es umgekehrt ähnliche Bestrebungen. Die Zeit zwischen den Weltkriegen und erst recht die Nazi-Besatzung waren unendlich blutig. Juden wurden umgebracht, so mancher kollaborierte mit den deutschen Besatzern. Ukrainer töteten Polen und umgekehrt, man brachte Litauer und Ungarn um. Es ging jeder gegen jeden. Eine komplizierte, vielschichtige Geschichte dieses multinationalen Staates.

Eine ukrainisch-polnische Historikerkommission hat begonnen, sie zu erforschen. Das ist ein Anfang. Unter Experten.

Was bislang fehlt, ist die breite Diskussion in der Gesellschaft. An manchen Orten hat sie begonnen.

Dort sind die ersten Denkmäler eingeweiht worden, die an den Holocaust erinnern. Sie wurden in sechs Dörfern rund um Lemberg aufgestellt - erst in diesem Sommer.

Dass es den Holocaust gab, dass gezielt Juden von den Deutschen vernichtet worden sind, wurde in der Sowjetunion nicht thematisiert.

Es gab keine Unterscheidung unter den Opfern, selbst wenn es sich bei den Juden um die allergrößte Gruppe handelte, sie gezielt vernichtet wurde. Nicht einmal als Opfer sollten die Juden eine Sonderrolle bekommen.

Ohne den Krieg in der Ostukraine wären die Menschen rund um Lemberg vermutlich weit weniger bereit gewesen, jetzt der jüdischen Opfer zu gedenken. Zum Teil haben sie durch diese Geschichtsprojekte, die mit der Eröffnung der Mahnmäler durchgeführt wurden, überhaupt zum ersten Mal erfahren, dass die Bevölkerung ihrer Heimatorte früher zu einem Drittel aus Juden bestand.

Heute haben die Ukrainer begriffen, wie schnell sich Gesellschaften ändern können, wie schnell aus Frieden Krieg wird. Aber es tat trotzdem weh und es gab Streit. Denn der Vorwurf der Kollaboration steht im Raum und so mancher wies ihn zurück, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Oder man reichte den Schwarzen Peter einfach weiter, schob ihn den Litauern die Schuld in die Schuhe.

Es ist diese Unsicherheit in der ukrainischen Gesellschaft, diese Schwäche, sich mit dieser komplizierten Vergangenheit nicht auseinander gesetzt zu haben. Die wurde von Russland genutzt. Die Ukraine hat nicht geklärt, welche Rolle der Kollaborateur Stefan Bandera gespielt hat. Er gilt der Ukraine von Staatswegen als Nationalheld, der er kaum sein kann. Er wurde zwar einerseits im KZ eingesperrt und er wurde in Deutschland vom KGB umgebracht, aber andererseits hatte er sich den Nazis angedient, weil er glaubte, dass er mit ihnen zusammen einen ukrainischen Nationalstaat errichten konnte. In der Ukraine hat sich kaum jemand mit dieser Figur wirklich befasst. In der Westukraine ist er einfach ein Held. In der immer noch viel sowjetischer geprägten Ostukraine ist er eine Schreckensfigur, denn er steht auch für den Kampf gegen die Rote Armee.

Warum ist das alles so wichtig? Weil das russische Fernsehen von Banderowzy sprach, wenn es die demokratische Bewegung in Kiew meinte oder die neue Regierung. Banderowzy, Bandera-Leute.

Wissen Sie, wie lange ich jetzt gerade über diese kaum aufgearbeitete ukrainische Geschichte gesprochen habe? Ich habe nicht auf die Uhr geschaut. Vermutlich drei, vier Minuten. 3-4 Minuten. So lang ist ein normaler Beitrag fürs Radio. Nur: In diesen drei Minuten habe ich noch kein Wort über die aktuelle Entwicklung gesagt, die man ja dann wissen will, wenn man das Radio anschaltet.

Es ist ein ewiges Dilemma zwischen Hintergrund und Aktualität.

Dabei nehmen wir uns im „Deutschlandfunk“, im „Deutschlandradio Kultur“, und in „Dradio Wissen“, in allen drei Programmen des Deutschlandradios, ja vergleichsweise viel Zeit.

Diese demokratische Bewegung in der Ukraine wurde von russischen Propagandisten verunglimpft. Aus Angst, dass Ähnliches in Russland entstehen könnte.

Der Maidan hat die Ukraine enorm verändert. Es ist eine wirkliche Zivilgesellschaft entstanden, die die Verteidigung übernimmt, wo die Mittel der Armee nicht reichen. Die die neuen Gesetze ausarbeitet, weil die Beamten sich viel zu viel Zeit lassen, die die Korruption bekämpft, weil staatliche Behörden noch immer Teil des Problems sind. Diese starke Zivilgesellschaft lässt den Präsidenten schwach erscheinen.

Dass der russische Präsident Putin dagegen so übermächtig wirkt, liegt an der unterdrückten und damit unterentwickelten Zivilgesellschaft in Russland. Auch die anderen Institutionen sind schwach, keine Gegenstimme.

Das System Putin gibt die Macht nicht ab. Es verteidigt sie. Auch mit dem Mittel der ideologischen Kriegsführung wie zu Sowjetzeiten. Allerdings viel ausgefeilter und mit der ganzen Kraft der neuen Medien.

Wir hatten es zum ersten Mal in der Berichterstattung mit einem Phänomen zu tun, dass eine lange Zeit ein unsichtbarer Dritter uns Berichterstattem die Themen diktierte. Wie sich herausstellte, waren das unter anderem die Trollfabriken in Sankt Petersburg.

Per Hörermails wurden wir nicht nur beschimpft als Nazi-NATO-Bonzen-Presse und noch viel übler, sondern auch aufgefordert, doch endlich über die Faschisten auf dem Maidan zu berichten. Dabei war das längst geschehen.

Wir hatten nachgefragt, Antworten gefunden.

Trotzdem wurden wir immer wieder dazu aufgefordert. Uns hat das gewundert. So schreiben nicht unsere Hörer. Sie machen auch nicht so viele Fehler. Viele dieser mails waren fabrikmäßig produziert worden in den Trollfabriken und von anderen angeheuerten Schreibern, sicher gab und gibt es welche auch hier in Deutschland.

Für solche ideologischen Feldzüge werden Experten nicht erst jetzt, sondern schon seit Stalinzeiten, seit 1942 ausgebildet. Das Fach heißt „Spezialpropaganda“ und wird im Militärinstitut für Fremdsprachen gelehrt.

1990, zu Gorbatschows Zeit, verschwand diese Ausbildung vom Lehrplan, auch Jelzin verzichtete darauf. Aber im Jahr 2000 wurde sie unter dem neuen Präsidenten Putin wieder eingeführt.

Er hat das russische Fernsehen gleichgeschaltet, das heute ein Apparat für ideologische Kriegsführung ist und die Konflikte in der Ukraine maßgeblich geschürt hat. Dass Ukrainer kein Russisch sprechen dürfen, wird dort zum Beispiel erzählt. Wer durch die Ukraine fährt, hört überall Russisch.

Der Krieg im Donbass hat den gesamten postsowjetischen Raum verunsichert.

Das russische Vorgehen in Südossetien in Georgien hat 2008 schon einmal gezeigt, dass Moskau vor Krieg nicht zurückschreckt.

Inzwischen dauern die Kämpfe in den besetzten Gebieten fast anderthalb Jahre, sie sind im Moment weniger intensiv, aber nicht vorbei. Es gibt immer noch genug Waffen, um den Krieg jederzeit neu anzufachen.

Wie groß die Verunsicherung in den Nachbarländern ist, hat sich bei der gerade stattgefundenen Präsidentschaftswahl in Weißrussland gezeigt. Dass Präsident Lukaschenko mit 83 Prozent wiedergewählt wurde, lag natürlich an Wahlfälschung. Aber auch an der Angst in der Bevölkerung.

Auch in Weißrussland sind die russischen Fernsehsender gut zu empfangen. Das eigene heimische Fernsehen ist schlecht finanziert und hat keine Chance. Die Weißrussen haben also im russischen Fernsehen die Ereignisse in der Ukraine verfolgt. Und dabei haben sie nicht mitbekommen, dass ihr eigener Präsident vorsichtig von Putin abgerückt ist. Sie haben nicht bemerkt, dass Lukaschenko und sein ukrainischer Kollege Poroschenko gut miteinander auskommen.

Lukaschenko hat für die Ukraine sogar etwas riskiert. Er hat dem Nachbarn LKWs geschickt, die die Armee im Donbass einsetzen konnte und er hat Minsk als Vermittlungsort angeboten.

Für Lukaschenko war all das ein Eiertanz. Einerseits stirbt er fast vor Angst vor einem russischen Einmarsch in Weißrussland, andererseits darf er Russlands Wirtschaftshilfe nicht aufs Spiel setzen.

Die Weißrussen haben aus den Ereignissen in der Ukraine geschlussfolgert: Opposition ist gefährlich, Proteste führen zum Krieg. Zum ersten Mal haben sie ihren Präsidenten nicht dafür kritisiert, dass er seine Gegner mundtot macht.

Im Baltikum wurde die Verteidigungsfähigkeit umorganisiert, gemeinsam mit Polen will die NATO schneller einsatzfähig sein.

Die russischen Minderheiten in Lettland und Estland, dort sind zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung russischstämmig, werden als Fünfte Kolonne beäugt.

Viele Russischstämmige kränkt das. Denn sie fühlen sich als Esten oder Letten, vor allem aber als Europäer. Aber die vielen Tausend, die sich noch immer nicht einbürgern lassen haben, stehen auf Moskaus Seite. Unter ihnen sind ein paar Dutzend, die sich instrumentalisieren lassen würden, ähnlich wie die Separatisten in der Ostukraine. Das schafft Spannungen in diesen Ländern.

Die russischen Minderheiten gelten wieder als fremd. Das erklärt zum Teil, dass die Balten keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Sie haben mit ihren eigenen Problemen genug und riesige Angst, sich mit Menschen aus anderen Kulturen den Terror in ihre Heimat zu holen. Polen hat nach den Anschlägen von Paris die Aufnahme von Flüchtlingen ganz ausgesetzt.

Da es fast keine Erfahrung mit Ausländern gibt, ist diese Haltung in der Gesellschaft mehrheitsfähig.

Beim Umgang mit Homosexuellen sind Ukrainer, Polen und Balten näher bei Russland als ihnen selbst lieb ist. Die Homophobie ist dort überall verbreitet. Die Toleranz des Westens wird immer wieder thematisiert, sie wird lächerlich gemacht. Es ist eine weitere Uneinigkeit zwischen den neuen und den alten EU-Mitgliedsländern, die Russland ausnutzt.

Dass Putins Propagandisten so erfolgreich waren, lag auch an unserer Unkenntnis.

Russland hat sich das deutsche schlechte Gewissen zunutze gemacht. Deutsche Politiker haben berechtigterweise Hemmungen - wegen unserer Geschichte - Russland zu kritisieren oder als Partner in Frage zu stellen.

Die Sowjetunion hat unter Nazi-Deutschland gelitten. Doch unter Sowjetunion verstehen die Deutschen bis heute Russland. Nicht Weißrussland, die Ukraine, das Baltikum und die vielen anderen Ex-

Sowjetrepubliken. Dabei waren die Ukraine und Weißrussland die „bloodlands“, wie der amerikanische Historiker Timothy Snyder diese Region bezeichnet. Diese beiden Länder sind am schlimmsten von der Hitlerarmee verwüstet worden.

Es war eine merkwürdige Diskrepanz zu beobachten: Russland wurde von Kritik verschont, den Ukrainern wurde die Empathie und Sympathie für ihre demokratische Bewegung verwehrt.

Auch Helmut Schmidt und Egon Bahr haben in diesem Punkt ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Fast genau zwei Jahre ist es her, dass die Proteste auf dem Maidan begannen, als der damalige Präsident Viktor Janukowitsch die Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen verweigerte. Das war in Vilnius.

Deutschlandradio hatte da zusätzlich zu dem Moskauer Büro schon die Osteuropa-Korrespondentenstelle geschaffen.

Es sind diese Perspektivwechsel, die Deutschlandradio immer wieder ermöglicht.

Auch von Warschau und Kiew noch mal nach Moskau gehen zu können, war wichtig. Selbst russisches Fernsehen zu sehen, die Hetztiraden gegen die EU und USA zu hören, die unzähligen Auftritte von Marine Le Pen und anderen Ultrarechten zu verfolgen. Eben einen Konflikt nicht nur von einer Seite aus zu betrachten.

Deswegen geht mein allererster Dank an mein Haus.

Der Deutschlandfunk- Chefredakteur Rainer Burchardt hatte die Idee, 1999 Moskau mit Adler zu besetzen.

Das ganze wäre aber nur eine Idee geblieben, wenn meine Familie nicht mitgekommen wäre. Mein Sohn Conrad, mein Mann Friedrich. Ohne Deine Geduld, Deine Ermutigung, den ständigen Austausch,

Friedrich, wäre das alles nicht möglich gewesen. Ohne Eure Hilfe, ohne Euer Interesse – Ihr beiden.

Ich danke meinen Eltern und Geschwistern und meinen Freunden. Selbst wenn ich weg bin, sind wir uns, dank Skype, immer nah. Vor allem Christel, die heute nicht hier sein kann, weil sie erst gesund werden muss.

Ganz besonders danken möchte ich den vielen Partnern in Kiew, Minsk, Warschau, Riga, Vilnius und Moskau, die immer zum Austausch und zum Gespräch bereit sind und geduldig erklären, was wir im Westen verstehen müssen.

Und das allerwichtigste sind natürlich Sie, die Hörer, deren Interesse uns Mut macht, das Geschehen nicht einfach, sondern richtig zu erzählen. Die mit uns den langen Atem haben, Entwicklungen auch dann weiter zu verfolgen, wenn sie nicht mehr die Schlagzeilen beherrschen. Aber dann später Neues eben besser einordnen können.

Ich danke der Karl-Hermann-Flach-Stiftung von Herzen für die Auszeichnung.